Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20618. **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 41. | Dresden, Mittwoch den 19. Februar 1919. | 30. Jahrg.

Politik des Würfelspiels.

Die Wahlentscheidung des deutschen Volkes trieft nicht gerade von höchster politischer Einsicht. Man hätte sich denken können, daß der Siegeszug des Sozialismus am 19. Januar gewaltiger ausgefallen wäre, wenn sich nicht weite Kreise durch den Bruderkampf des deutschen Sozialismus hätten beirren lassen. Aber insofern haben die deutschen Wähler und Wählerinnen genügend Lehren aus dem Weltkrieg gezogen, als sie den Parteien der Kriegshetzerei eine Niederlage bereiteten. Ihre Herrschaft ist vorüber. Nun spielen sie die Rolle der Opposition, und zwar so skrupellos, wie sie früher nach außen die Kriegshetzerei betrieben und nach innen die Entrechtung der Volksmassen verteidigten. Die Interpellation Heinze, die gestern von den Rechtsparteien in Weimar losgelassen wurde, und die sich daranschließende Debatte zeigen, mit welchen Mitteln die Geschlagenen und Entehrten wieder zur Herrschaft zu kommen glauben. Es ist das gute Recht auch der kleinsten Partei im Reichstage, die jeweilige Regierung für ihre Handlungen zur Rechenschaft zu ziehen. Es war das gute Recht der Interpellation Heinze, vom Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission, Erzberger, ausführlichen Bericht über die Verhandlungen mit den Gegnern zu verlangen. Aber die volksparteilichen und deutschnationalen Interpellanten gehen auf mehr aus. Sie suchen der gegenwärtigen Regierung die Verantwortung für alles das aufzupacken, was die Regierungen der ehemaligen Monarchie versündigt haben.

Es hieße wie Vogel Strauß den Kopf in den Sand stecken, wenn man bestreiten wollte, daß der neue Waffenstillstandsvertrag jeden von uns mit Mißstimmung erfüllt; jeder spürt eine Stimmung des Grolles, die alle weiteren Verhandlungen ablehnen möchte. Aber auf Zorneseingebungen ist keine Politik zu bauen. Wenn wir bei Abbruch der Verhandlungen nur einen weiteren Vormarsch der Entente zu erwarten hätten, so wäre das nicht das Schlimmste. Auch in den Massen Frankreichs und Englands sitzt der Wunsch nach Frieden und Rückkehr der Truppen, eine Kriegsverlängerung ins Unabsehbare könnte also für Lloyd George und Clemenceau allerhand peinliche Konsequenzen haben. Das wissen die Herrschaften auch! Sie wissen noch mehr: sie wissen, daß sie einen Vormarsch gar nicht nötig haben, um Deutschland für irgendwelche Widersetzlichkeiten zu strafen. Die Entente braucht nur die Blockade aufrechtzuerhalten und das deutsche Volk verhungert gewissermaßen in der hohlen Hand seiner Gegner. Wir brauchen Lebensmittelzufuhr, wenn wir bis zur nächsten Ernte durchkommen wollen! Wir brauchen Rohstoffe aus Amerika, den englischen Kolonien und Neutralien wenn wir unsre Volkswirtschaft wieder aufbauen wollen! Solange für uns also die Aussicht besteht, daß die Entente trotz allen Härten der Bedingungen uns wenigstens Lebensmittel und Rohstoffe liefern will — solange müssen wir leidliche Miene zum bösen Spiel machen. Erst wenn auch diese Aussicht zunichte werden sollte, erst dann kann die deutsche Regierung mit reinem Gewissen vor das deutsche Volk treten und sagen: Weiteres Verhandeln ist zwecklos; die Verantwortung für die kommende Anarchie, die Verantwortung dafür, wenn Europa zu einem Tollhaus wird, hat die Entente!

Erzbergers Gegner haben sich gestern in der Nationalversammlung das Spiel leicht zu machen versucht. Die Volksparteiler taten, als beruhten unsre Mißerfolge in Spa darauf, daß Erzberger nicht hartnäckig genug und mit nicht genügend sachverständigen Beihilfen verhandelt habe, während die Deutschnationalen auf die Forderung gestimmt waren: Ablehnung der Verhandlungen. Das Ganze machte einen schwerindustriellen Eindruck. Die Großkapitalisten fühlen ihren Einfluß schwinden und möchten ihn durch irgendwelche Desperadopolitik stärken. Erzberger ist sicher nicht unser Mann. Er repräsentiert zwar im Zentrum so etwas wie das demokratische Gewissen und hat sich während des Krieges als energischer Verfechter des Verständigungsfriedens erwiesen. Aber über den linken Horizont der Zentrumsanschauungen kann auch er nicht hinaus, und gegen Deutschlands Vorgehen im Osten nach Brest-Litowsk hat er seinerzeit nicht die nötige Ungenügsamkeit bewiesen. Nichtsdestoweniger muß man ihm zustimmen, wenn er gestern gegen die Desperados von rechts das Wort prägte: Eine Politik des Würfelspiels mache er nicht mit!

Eine Politik des Würfelspiels war das Schindluderspiel, das die gestürzten Eroberungspolitiker mit dem deutschen Volk getrieben haben. Eine Politik des Würfelspiels ist, was sie jetzt auf inneren und äußeren Gebieten weiter zu treiben versuchen. Und das mit der unschuldigsten, naivsten Miene der Welt. Ein Typus in dieser Beziehung ist der Dresdner Anzeiger. Wir sehen aba von den konservativen Dresdner Nachrichten, die, wie alle konservativen Blätter, ihre agrarische Weltauffassung seit jeher mit Teutonenzorn verteidigt. Die Naivität fehlt ihnen. Sie wissen längst: das Programm, das sie vertreten, liegt weit abseits der weltgeschichtlichen Wegspur. Aber jene Spielart von Konservatismus und Liberalismus, wie sie der Anzeiger vertritt, glaubt noch immer ernsthaft, von der Oeffentlichkeit ernst genommen zu werden. Mit diesem kindischen Glauben hat das Dresdner Amtsblatt allen politischen Unsinn der letzten fünf deutschen Schicksalsjahre mitgemacht. In den Vorkriegsjahren von 1914 blies es die Fanfare der nationalen Ehre, in den ersten Kriegsmonaten pflanzte es den Ruf auf: „Belgien muß deutsch bleiben!“ und betrieb von da an alle Eroberungspolitik bis zur Weißglut mit. Der unselige verschärfte U-Bootskrieg, die Vergewaltigungspolitik gegenüber Rußland, die Verfemung des Verständigungsgedankens — das alles hat der Dresdner Anzeiger mit auf dem Gewissen. Erst nach dem vollständigen militärischen Zusammenbruch im Westen kamen die Tage der Beklommenheit über ihn.

Wir haben uns bis heute das Vergnügen verkniffen, diesen Blättern in methodischer Reihenfolge darzutun, wie sehr sie zu den Geschlagenen gehören. Die Tatsachen sprechen zu offenkundig, als daß wir nötig hätten, darüber zu triumphieren, daß Deutschlands Niederlage zur Niederlage dieser Desperadopresse wurde. Aber wenn diese doppelt und dreifach Geschlagenen jetzt die Politik des Würfelspiels fortzusetzen gedenken; wenn sie glauben, die Schuld am Elend Deutschlands von den Eroberungspolitikern und Kriegshetzern abwälzen zu können; wenn sie denken, die Verantwortung für den kommenden ungünstigen Frieden, den uns die Hasardeurpolitik der früher Herrschenden hinterläßt, auf Demokratie und Sozialdemokratie abzuwälzen — so werden wir ab und zu die blamable Weltkriegsrolle dieser Art Blätter gern an Beispielen dartun.

Die Zukunft wird erweisen, ob das deutsche Volk aus dem Elend dieser Zeit freier und herrlicher erstehen kann als je zuvor. Aber geschlagen sind und geschlagen bleiben für alle Zeiten die Kreise und ihre journalistischen Trabanten, die Deutschland in den Krieg stürzten und das gemeingefährliche Hasardspiel durch vier Kriegsjahre fortsetzten. Ihre Rolle ist ausgespielt, wie Scheidemann gestern in Weimar mit Recht sagte!

Regierungstruppen im Ruhrrevier.

Die von den Spartakisten angezettelten Streiks im Ruhrrevier dauern noch an und scheinen an Ausdehnung gewonnen zu haben. Die neuesten Nachrichten bestätigen, daß hier im Ruhrrevier die Arbeiter in der ärgsten Weise vergewaltigt werden. In Mülheim haben die Vertrauensmänner des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften in einer Sitzung eine Entschließung angenommen, in der sie sich gegen den Generalstreik wandten und erklärten, daß sie auf dem Boden der Regierung stehen. Die Belegschaften der Zechen sind, wie aus Essen gemeldet wird, vielfach arbeitswillig, aber sie werden von Bewaffneten an dem Eintritt in die Gruben gehindert. Auf der Zeche Westende hatte die Versammlung nach Verhandlungen mit dem Direktor beschlossen, einzufahren. Einige Matrosen hinderten aber die Arbeiter daran, indem sie drohten, die Förderseile abzuschneiden und die Körbe in den Sumpf zu werfen. In Düsseldorf hat der Arbeiter- und Soldatenrat zum allgemeinen Streik aufgefordert. Auch auf Elberfeld hat die Bewegung übergegriffen. Durch Plakate werden die Arbeiter des Wuppertals zum Generalstreik aufgerufen, um gegen die Entsendung von Regierungstruppen in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten zu protestieren. Bei einem Sturm auf das Eisenbahndirektionsgebäude verloren drei Menschen ihr Leben, zwanzig wurden verwundet. Die Eisenbahndirektion wurde von den Spartakisten besetzt. In Bochum hat ein Streikausschuß, der sich als Zentrale der gesamten Streikbewegung aufspielt, die Bergarbeiter aufgefordert, die Arbeit niederzulegen, da sie sonst mit Gewalt an der Weiterarbeit gehindert würden. In den letzten 24 Stunden soll die Zahl der feiernden Arbeiter zugenommen haben. Gestern früh ruhte die Arbeit auf 63 Schachtanlagen.

Nach einer neueren Meldung soll sich die Lage wieder gebessert haben. Die Regierung scheint die Absicht zu haben, gegen die Unruhestifter im Ruhrgebiet sehr energisch vorzugehen. Es war durch die Presse die Nachricht gegangen, daß Regierungstruppen durch die Spartakisten zurückgeschlagen seien. Diese Meldung bestätigt sich nicht, die Regierungstruppen sollen vielmehr in raschem Fortschreiten sein. Es wird mitgeteilt, daß alle Unternehmungen der Regierungstruppen glatt durchgeführt seien und überall zu vollem Erfolg führten. Es ist dringend notwendig, daß dem Spartakustreiben im Ruhrgebiet recht bald ein Ende bereitet wird. Es besteht sonst die Gefahr, daß die Entente das Ruhrgebiet besetzt, was sie leicht damit begründen kann, daß ihr die Kohlen von dort nicht geliefert werden, die nach den abgeschlossenen Vereinbarungen geliefert werden müssen. Und wenn uns noch das Ruhrrevier genommen wird, so kann die Notlage des deutschen Wirtschaftslebens dadurch noch unendlich vermehrt werden. Die Kommunisten freilich würden sich ja nichts daraus machen, wenn die Not des deutschen Volkes noch größer würde. Sie wollen, daß das deutsche Volk in eine immer verzweifeltere Stimmung hineingetrieben wird, damit sie für ihre wahnwitzigen Ideen besser Propaganda treiben können. Außerdem sind die ja von dem törichten Wahn besessen, es würde ihnen, je mehr Truppen die Entente nach Deutschland sendet, desto eher gelingen, mit ihren bolschewistischen Ideen die Entente-Soldaten anzustecken. Wir können zu der Reichsregierung das Vertrauen haben, daß sie durch energisches Vorgehen das deutsche Volk vor dem neuen großen Unglück bewahren wird, das uns der neue Ausbruch des Spartakuswahnsinns bringen kann.

Erneuter Ausbruch des Streiks in Oberschlesien.

Hindenburg, 19. Februar. Die oberschlesischen Kolonien in Paremba und Sarlepp und im Gotthardtschacht sind in den Streik getreten und haben neue Lohnforderungen eingereicht. Es ist zu erwarten, daß morgen auch die gesamten Kolonien des Hindenburger Reviers in den Ausstand treten. Wie der Telegraphen-Union aus Arbeitgeberkreisen mitgeteilt wird, sind die Lohnforderungen der Arbeiter so hoch, daß mit einer Einigung kaum zu rechnen ist.

Der Putsch in Nürnberg.

Nürnberg, 18. Februar. Seit gestern ist ein Umschwung eingetreten. Im Laufe des Nachmittags wurde das Generalkommando von der am Sonntag vormittag dort eingedrungenen terroristischen Soldateska befreit. Die Eindringlinge hatten in vandalischer Weise gehaust. Die Unterstützungsgelder, an 68 000 Mark, sind verschwunden. Verhaftete Personen, die Lebensmittel aus den Beständen des Depots veruntreuten, sind befreit worden. Gestern abend fanden zwischen den Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten Verhandlungen statt. Die Führer der ersteren erklärten, daß es ihnen fernegelegen habe, einen Putsch zu veranstalten, bestritten aber nicht, daß Unabhängige den Putsch unterstützt hätten. Die auf heute vormittag einberufene Massenprotestversammlung war von Zehntausenden aus allen Schichten der Nürnberger Einwohnerschaft besucht. In den Fabriken haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt.

Nürnberg, 18. Februar. Der Fränkische Kurier ist seit heute morgen wieder befreit.

•

Die Gothaer öffentlichen Gebäude besetzt.

Gotha, 19. Februar. Eine starke Abteilung des Weimarer Landesjägerkorps besetzte gestern die Post, den Bahnhof und das Residenzschloß. In der vorübergehend besetzten Waggonfabrik wurde ein Arbeiter erschossen und einer verwundet. Der Grund der Maßnahme ist anscheinend die Weigerung des hiesigen Regiments, in seine Versetzung nach Koburg zu willigen. In den Fabriken und den Elektrizitätswerken wird gestreikt. Der Straßenbahnverkehr ruht.

•

Vertreibung der Spartakisten in Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, 18. Februar. Durch die städtische Sicherheitswehr und die Polizei, die wieder mit Waffen versehen ist, sind die Spartakisten, von den öffentlichen Gebäuden vertrieben worden. Die Spartakisten wurden größtenteils entwaffnet und aus dem Arbeiter- und Soldatenrat entfernt. Der durch die Spartakisten angerichtete Sachschaden ist gering.

Die baltische Front.

Die Lage im Baltikum hat sich gefestigt. Die Sowjetarmee ist anscheinend infolge des Druckes der finnischen Nordarmee Verstärkungen nach dort zu werfen und so ihre baltische Front zu schwächen. Unsern Truppen ist es überall gelungen, Boden zu gewinnen. Verschiedene feindliche Vorstöße scheiterten. Vor unserer litauischen Front ging der Gegner zum Angriffe über. Auch hier gelang es, den feindlichen Ansturm bald zu brechen.

Nach einer Meldung der Times aus Helsingfors sind heftige Kämpfe an der Front Narwa—Pskow—Wolmar im Gange.

•

Windau befreit.

Havas meldet aus Kopenhagen: Von der britischen Flotte heftig beschossen, haben die Bolschewisten Windau geräumt.

•

Olita zurückerobert.

Wie W. T. B. von zuständiger Seite erfährt, ist Olita am 16. Februar von eigenen Truppen wiedergenommen. Auch das 6 Kilometer südöstlich Olita gelegene Dorf Koujchy wurde genommen.

Der Ausstand in den Warenhäusern.

Der Streik im Groß-Berliner Handelsgewerbe hat sich weiter ausgedehnt; gegen 600 Geschäfte und über 60 000 Personen sind von ihm in Mitleidenschaft gezogen. In der Versammlung der Streikenden, die gestern mittag im Lustgarten stattfand, teilte der Berichterstatter Zelig mit, daß am gleichen Abend auf Veranlassung der Unternehmer in einer Sitzung beim Demobilmachungskommissar die Frage behandelt werden würde, ob der Zentralverband der Handlungsgehilfen mit dem als gelb bezeichneten Gewerkschaftsbunde gemeinsam verhandeln solle. Das lehne der Zentralverband unter allen Umständen ab. Die meisten dieser Großbetriebe seien reif für die Sozialisierung, sie müßten deshalb sozialisiert werden. 25 000 kaufmännische Angestellte seien in den großen Kaufhäusern Groß-Berlins beschäftigt. Ihre Verhältnisse könnten nur in sozialisierten Betrieben, in denen sie ihr Mitbestimmungsrecht geltend machen können, durchgreifend gebessert werden. — Die Firmen versuchen vergeblich Streikbrecher zu bekommen. Die Zahl der Geschäfte, die die Forderungen anerkannten, hat sich weiter vermehrt.

Der Streik der Versicherungsangestellten in Berlin und Brandenburg kann als beendet betrachtet werden. Der am Montag gefällte Schiedsspruch, der von den Vertretern der Angestellten als befriedigend bezeichnet wurde, obwohl er die Forderungen nicht in der gestellten Form verwirklicht, erhielt die Zustimmung einer gestern vormittag im Lustgarten abgehaltenen, von 6000 Angestellten besuchten Streikversammlung. Von der Anerkennung des Schiedsspruchs durch die Unternehmer wird es abhängen, ob die Arbeit heute wieder aufgenommen wird.

Der Streik der Hamburger Straßenbahn- und Hochbahnangestellten dauert unverändert fort.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190219/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG